

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist wieder einmal Haushaltsdebatte im LVR, und wieder einmal stehen wir vor Herausforderungen, die uns schmerzhaft vor Augen führen, wie fragil die finanzielle Lage unserer Kommunen ist. Doch dieses Jahr ist die Lage dramatischer als je zuvor. Die Haushaltslage ist desolat, die Konsolidierungszwänge erdrückend. Und während die Kommunen unter der Last steigender Ausgaben ächzen, bleibt von der Großen Koalition, die hier die Mehrheit stellt, nicht mehr als ein Haushaltsbegleitbeschluss.

Kein einziger Haushaltsantrag von CDU und SPD – nur allgemeine Verwaltungsanweisungen, die vage von „Optimierung“, „Verschlankung“ und „Effizienz“ sprechen, während im selben Atemzug sämtliche Standards in Frage gestellt werden. Doch was bedeutet das konkret? Wo wird gekürzt? Wer wird die Zeche zahlen? Die Beschäftigten? Die Menschen mit Behinderungen, für die der LVR da sein sollte? Die kulturellen und sozialen Einrichtungen, die ohnehin seit Jahren auf Kante genäht wirtschaften müssen? Der einzige Bereich, der offenbar nie unter „Verschlankung“ fällt, ist die Verwaltung selbst – die hält sich so stabil wie ein gut geölter Bürokratieapparat eben kann.

Besonders empörend ist die anhaltende Vernachlässigung der Peer-Beratung in den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ). Während auf Bundesebene immer wieder drastische Maßnahmen gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen ins Gespräch gebracht werden – am liebsten wohl Kasernierung auf einsamen Inseln –, wird im LVR genau dort gespart, wo echte Hilfe möglich wäre. Gerade Menschen mit psychischen Problemen brauchen frühzeitige Unterstützung, um nicht in eine Abwärtsspirale abzudriften. Peer-Beratung leistet hier wertvolle Arbeit, indem sie Betroffenen niederschwellige Hilfen und

ein Umfeld bietet, das von Verständnis und Erfahrung geprägt ist. Aber nein, lieber streicht man hier die Mittel und lässt die Leute allein, während gleichzeitig über härtere Maßnahmen zur „Sicherheit“ fabuliert wird. Klassische Politik: Erst alles kaputtsparen, dann über die „unhaltbaren Zustände“ lamentieren.

Und währenddessen sitzen viele der anwesenden Politikerinnen und Politiker in ihren lokalen Kommunen und schimpfen über den LVR, nur um dann hier zu sitzen und über Bund und Land zu meckern – obwohl sie genau dort an den entsprechenden Hebeln sitzen, um etwas zu verändern! Diese doppelte Heuchelei ist ein Markenzeichen der etablierten Politik: Die Verantwortung immer eine Ebene höher schieben, bis sie sich im politischen Nebel auflöst. Das Spiel ist durchschaubar und wir spielen es nicht mit.

Wir als Die FRAKTION im LVR sagen: Konsolidierung darf nicht zum Selbstzweck werden! Die finanzielle Krise des LVR ist nicht das Ergebnis von Luxus, sondern von jahrelanger struktureller Unterfinanzierung. Während die Umlagezahler bluten, die Kommunen mit ihren eigenen Haushaltskrisen kämpfen und der Bund die Kosten für soziale Sicherungssysteme immer weiter nach unten durchreicht, wird hier so getan, als wäre ein paar mal Prozessoptimierung und Bürokratieabbau die Lösung für ein Defizit, das systemisch bedingt ist.

Aber lassen wir uns nicht täuschen: Hinter den unkonkreten Phrasen der GroKo verbirgt sich ein ganz klares politisches Signal. Man will Kürzungen, aber ohne sie zu benennen. Man will Einsparungen, aber ohne Verantwortung zu übernehmen. Und wir sagen dazu: Nicht mit uns! Wenn schon sparen, dann doch wenigstens an den richtigen Stellen – vielleicht mal bei den

Prestigeprojekten der GroKo oder den endlosen Studien darüber, wie man Prozesse optimieren könnte, um nichts zu verändern.

Unser Verständnis von Haushaltspolitik ist ein anderes. Ein Haushalt ist nicht nur eine Excel-Tabelle, er ist ein Ausdruck politischer Prioritäten. Und für uns gilt: Soziale Daseinsvorsorge ist kein Luxus, Inklusion ist keine Verhandlungsmasse, Kultur ist keine verzichtbare Kür.

Deshalb setzen wir uns für eine echte Debatte über die Zukunft des LVR ein. Eine Debatte, in der nicht nur die Sparzwänge im Mittelpunkt stehen, sondern auch die Frage: Welche Aufgaben kann und muss der LVR in Zukunft erfüllen? Wie sichern wir die Qualität der Eingliederungshilfe, wenn gleichzeitig von massiven Einsparungen gesprochen wird? Wie verhindern wir den schleichenden Rückzug aus kulturellen und sozialen Förderstrukturen, wenn der LVR immer weiter auf die bloße Verwaltungsfunktion reduziert wird? Und, nicht zuletzt: Wann endlich erkennt die GroKo, dass ihr absurdes „Wir müssen sparen, koste es, was es wolle“ genau der Grund ist, warum sie von Krise zu Krise stolpert?

Klar ist: Der vorliegende Haushalt ist ein Dokument der politischen Mutlosigkeit. Die FRAKTION wird ihn daher nicht unterstützen. Stattdessen fordern wir ein Umdenken – weg von kurzfristiger Austeritätspolitik, hin zu einer nachhaltigen finanziellen Sicherung des LVR. Wer wirklich konsolidieren will, der muss über strukturelle Lösungen sprechen. Über eine gerechte Finanzierung der Sozialausgaben. Über eine stärkere Unterstützung durch Bund und Land. Über Alternativen zu blindem Kürzen.

Wir fordern Klarheit und Ehrlichkeit in der Haushaltspolitik. Und wir fordern vor allem eins: Dass der LVR seine Verantwortung wahrnimmt und sich nicht selbst zu einem Schatten seiner selbst degradiert.

Vielen Dank.